2010/1

Ratschlag

für die

Gemeindeversammlung

Donnerstag, 25. März 2010, **19.30 Uhr,**

im Kuspo Bruckfeld, Loogstrasse 2

Traktanden

- 1. Protokoll der Gemeindeversammlung vom 7. Dezember 2009**
- 2. Tätigkeitsbericht der Geschäftsprüfungskommission vom 1. Januar bis 31. Dezember 2009**
- 3. Bereinigung der Grundstücke im Verwaltungs- und Finanzvermögen**
- 4. Erweiterung Alters- und Pflegeheim Hofmatt: Realisierung von oberirdischen Parkplätzen / Mutation zum Grundwasserschutzplan Welschmatt und Anpassung Baugebietsperimeter**
- 5. Antrag gemäss § 68 des Gemeindegesetzes von Christine Pezzetta, FDP Die Liberalen betreffend Überarbeitung des Personalreglements mit Anhängen I und II**
- 6. Verschiedenes**

Der ausführliche Ratschlag kann kostenlos abonniert oder im Einzelfall bei der Gemeindeverwaltung bestellt oder bezogen werden. Der Ratschlag liegt zudem in den Poststellen, am Schalter der Basellandschaftlichen Kantonalbank Gartenstadt und in der Apotheke Zollweiden auf und kann auf der Homepage der Gemeinde Münchenstein (www.muenchenstein.ch) heruntergeladen werden.

Traktandum 2

Tätigkeitsbericht der Geschäftsprüfungskommission vom 1. Januar bis 31. Dezember 2009

Laut § 102 des Gemeindegesetzes ist die GPK beauftragt, die Tätigkeiten der Gemeindebehörden zu prüfen und alljährlich einen Bericht zu verfassen. Die GPK prüft, ob die gesetzlichen Vorschriften und die Reglemente der Gemeinde richtig angewendet und die Gemeindeversammlungsbeschlüsse vollzogen worden sind. Aufsichtsbehörde über die GPK ist der Regierungsrat.

Die Geschäftsprüfungskommission setzte sich im Jahr 2009 aus folgenden Personen zusammen:

Jeanne Locher	SP	Präsidentin
Urs Gerber	FDP	Vizepräsident
Edi Grass	SP	Protokoll
Ursula Berset	Grüne	
Bruno Raas	SVP	

Sitzungen

Die GPK traf sich zu neun ordentlichen Sitzungen, um die laufenden Prüfungsgeschäfte zu besprechen. In Subkommissionen wurden die einzelnen Geschäfte im Detail bearbeitet und anschliessend der ganzen Kommission unterbreitet. Ausserdem führte die GPK das Jahresgespräch mit dem Bauverwalter.

Geschäfte

Prüfung Robinsonspielplatz

1. Prüfungsgrundlagen

Der Gemeinderat wollte den Robinsonspielplatz an der Gemeindeversammlung vom 27. Februar 2003 nicht mehr ins Budget aufnehmen. Die Gemeindeversammlung entschied anders. Die Gemeindeversammlung vom 25. September 2003 beschloss, dass der Gemeinderat ein Konzept erarbeiten und dieses der Gemeindeversammlung zur Kenntnisnahme unterbreiten sollte.

Den erfolgten personellen Wechsel in der Leitung nahm die GPK zum Anlass, den Robinsonspielplatz und die Umsetzung des Gemeindeversammlungsbeschlusses zu überprüfen.

Im Rahmen der Prüfung des Robinsonspielplatzes der Gemeinde Münchenstein standen der GPK folgende Grundlagen zur Verfügung, beziehungsweise wurden ihr von den Befragten zur Verfügung gestellt:

- Statistik Robinson 2009
- Gespräch mit dem Leiter des Robinsonspielplatzes
- Gespräch mit der zuständigen Verwaltungsstelle
- Antworten zu Fragenliste
- „Fläschepost“ März 2009
- Konzept vom 12. Mai 2009
- Robinson Festival 20. Juni 2009
- Prospekt Robinsonspielplätze BL/BS und Umgebung, 2009
- Diverse Augenscheine vor Ort

2. Prüfungsablauf

Neben der Auswertung der Unterlagen bildeten mehrere Gespräche, Besuche und Recherchen die Basis der Prüfung.

2.1 Gespräche

Leiter Robinsonspielplatz Münchenstein

Die GPK lud den Leiter schriftlich zu einer Gesprächsrunde ein, in der Fragen zu Organisation, Verantwortungen, Ablauf, Entwicklung der Besuchszahlen, Bedarf, Einbindung in die Jugendarbeit etc. beantwortet wurden. In diesem Rahmen wurde die GPK auch mit aktuellen Statistiken und Infomaterial dokumentiert.

Das Gespräch fand auf dem Spielplatz statt, sodass die GPK gleichzeitig einen Augenschein von den Räumlichkeiten und dem Freizeitangebot nehmen konnte.

Verwaltung

Die zuständige Abteilungsleiterin Bildung, Jugend und Freizeit beantwortete vorgängig abgegebene Fragen in einer Diskussionsrunde mündlich. In mehreren Runden präzierte und ergänzte sie einzelne Aussagen/Angaben und beantwortete Ergänzungsfragen schriftlich.

2.2 Einbindung, Unterstützung

Zudem wurde die Einbindung bzw. Vernetzung mit weiteren Gemeindeaktivitäten im Rahmen der Jugendarbeit und -betreuung untersucht, speziell dem Projekt Mittagstisch und Nachschulbetreuung und Jugendarbeit. Auch die (handwerkliche) Unterstützung durch andere Stellen wurde hinterfragt.

2.3 Augenschein, weitere Aktivitäten

Anhand wiederholter Besuche bzw. Augenscheine vor Ort und anhand von Stimmungsbildern aus der Bevölkerung wurden die Aussagen überprüft.

3. Prüfungsergebnisse

3.1 Zusammenfassung der Auswertung des Gesprächs mit der Spielplatzleitung

- Die Leitung des Robinsonspielplatzes hinterlässt der GPK einen engagierten und kompetenten Eindruck.
- Anfänglich arbeitete der Spielplatzleiter auch alleine. Dadurch war die Betreuungsverantwortung nicht gewährleistet. Dies wurde ab 1. Juni 2009 mit einer zweiten erwachsenen Person auf dem Platz behoben.
- Auch die Einsetzung einer Praktikantin zur Unterstützung erachtet die GPK als gute Lösung.
- Den Kontakt zur Verwaltung erachtet der Spielplatzleiter als gut.
- Die befristete Anstellung bis 2009 und die Unklarheit über deren eventuelle Verlängerung erforderten, dass die geleisteten Überstunden noch im Jahr 2009 eingezogen werden mussten. Dies führte zu einer vierwöchigen Schliessung des Spielplatzes in der Sommerzeit.
- Nach der Übernahme des Spielplatzes brauchte es viel Aufbau- und Renovationsarbeit, da die Anlage in einem schlechten Zustand und teilweise gar gefährlich war. Dies führte anfänglich zu etlicher Mehrarbeit. Die Unterstützung durch den Werkhof, vor allem durch Personen aus dem Integrationsprogramm für Arbeitslose, war sehr hilfreich.
- Es brauchte Zeit, neue Ideen umzusetzen und ehrenamtlich arbeitende Eltern oder eine Trägerschaft zu finden.
- Die gestiegenen Besuchszahlen stimmen einerseits sehr zuversichtlich, andererseits stösst das Team mit den jetzigen Ressourcen an die Kapazitätsgrenzen.
- Angesichts der vorhandenen Ressourcen (Platz, Infrastruktur) wären z.B. ein Mittagstisch und eine Nachbetreuung eine gute Ergänzung.
- Ein Zeitplan, eine Zukunftsplanung und die Entscheidungswege waren der Spielplatzleitung zum Zeitpunkt der Befragung nicht bekannt.

3.2 Zusammenfassung der Auswertung der Gespräche mit der Abteilungsleiterin Bildung, Jugend und Freizeit

- Bis Ende 2009 bestand ein provisorisches Arbeitsverhältnis für den Leiter des Robinsonspielplatzes. Der Gemeinderat liess den Betrieb als Test laufen, um zu prüfen, ob er weitergeführt werden sollte. Nach den positiven Erfahrungen ist die Spielplatzleitung ab 1. Januar 2010 zu 60 % fest angestellt. Eine Betreuerin arbeitet mit einer Festanstellung zu 20 %. Bis Ende 2009 war zudem eine zweite Betreuerin befristet angestellt und eine Praktikantin zu 70 %.
- Praktikumsplätze werden üblicherweise ausgeschrieben. Schulbegleitende Praktikumsplätze sind grundsätzlich auch auf dem Robinsonspielplatz denkbar und erwünscht. Abklärungen laufen.
- Die Gemeinde besitzt eine globale Haftpflichtversicherung. Die Unfallversicherung ist Sache der Kinder bzw. der Eltern. Die GPK empfiehlt, die Eltern deutlicher darauf hinzuweisen.
- Aufgrund der aktuellen Stellenprozente konnte und kann der Robinsonspielplatz auch in Zukunft nicht während aller Ferienwochen geöffnet sein.
- Bezüglich Mittagstisch gab es unter dem früheren zuständigen Gemeinderat einmal Abklärungen, die damals verworfen wurden.
- Den Informationsfluss zwischen Verwaltung und Spielplatzleitung erachtete die GPK als zu gering. Es sei jedoch vorgesehen, künftig einen besseren standardmässigen Informationsaustausch einzuführen.
- Die grundsätzliche Haltung und die Entscheidungswege des Gemeinderats konnten von der Abteilungsleiterin Bildung, Jugend und Freizeit nicht aufgezeigt werden. Lediglich die Festanstellung kann als Zeichen gedeutet werden, dass der Gemeinderat hinter diesem Angebot steht.

- Die Stellvertreterregelung bzw. die Anwesenheit von mindestens zwei Erwachsenen ist aus Sicht der GPK unbedingt notwendig und mit den vorhandenen Stellenprozenten noch unbefriedigend gelöst. Zudem müssen die Pflichtenhefte überarbeitet werden.
- Der Spielplatz und der Spielbus werden vermietet. Mit den Einnahmen kann Verbrauchsmaterial beschafft werden. Die Frequenz der Vermietungen war nicht sehr hoch, was mit geeigneter Werbung verbessert werden könnte. Allerdings gab es bei Fremdvermietungen Reklamationen infolge Lärm- oder Rauchimmissionen.

4. Schlussbemerkungen

- Die vom Gemeinderat neu eingesetzte Spielplatzleitung scheint der GPK eine gute Wahl zu sein. Der Leiter ist engagiert, kompetent, realistisch und auch erfolgreich.
- Die Besucherzahlen (Mädchen und Knaben) waren deutlich angestiegen.
- Die Stellvertreterregelung bzw. die Anwesenheit von mindestens zwei Erwachsenen, falls etwas passieren sollte, ist heute noch unbefriedigend gelöst. Die Pflichtenhefte müssen zwingend überarbeitet werden.
- Die Festanstellungen ab 2010 wertet die GPK als Bekenntnis des Gemeinderats zur Weiterführung des Robinsonspielplatzes.
- Seitens Verwaltung erscheint der GPK das Geschäft eher geringe Priorität zu geniessen. Es gibt weder eine längerfristige Strategie „Robi“ noch eine übergeordnete Strategie Jugendfreizeitangebot und Jugendbetreuung. Somit ist der Robinsonspielplatz auch kein Teil des Jugendarbeitsnetzwerkes. Allerdings hat die Verwaltung den Bedarf für ein kreatives und betreutes Freizeitangebot erkannt.
- Der Spielplatz sollte enger in die Verwaltungsaktivitäten eingebunden und der Infolfluss verbessert werden.
- Der Robinsonspielplatz wurde bis jetzt kurzfristig sektoriell und geldzentriert betrachtet bzw. gesteuert. Die Kommunikation der Entscheidungsfindung und der Verlängerung des Mandats für die Angestellten ist für die GPK nicht transparent.
- Der Robinsonspielplatz wird nicht in derselben Art wie z.B. der Mittagstisch gefördert. Eine Abklärung für weitere geldbringende oder -sparende Nutzungen fehlt.
- Eine Ausweitung der Öffnungszeiten, zumindest saisonal und während den Ferien, ist bei gleichbleibendem oder steigendem Interesse, zumindest prüfenswert. Dies würde allerdings eine Erhöhung der Festanstellung von heute 60 % oder temporäre Zusatzkapazitäten bedingen.

5. Fazit

Münchenstein verfügt heute über einen funktionierenden, professionell betreuten Robinsonspielplatz mit gestiegenen Besuchszahlen. Der Auftrag der Budget-Gemeindeversammlung vom Februar 2003 ist somit grundsätzlich umgesetzt worden. Allerdings ist dies aus Sicht der GPK bis jetzt nur sektoriell, ohne Einbindung in das Gesamtsystem Jugendangebot und Jugendbetreuung erfolgt.

Doppelnutzungen oder weitere Synergien zur Generierung von Einnahmen oder zur Minderung von Ausgaben sind zu wenig berücksichtigt worden.

Mit der Festanstellung des Robinsonspielplatzpersonals hat sich der Gemeinderat grundsätzlich zur Weiterführung des Angebots bekannt. Die Anstellung von Praktikantinnen erachtet die GPK als gute Unterstützung.

Die Stellvertretung zur Gewährleistung der Sicherheit der Kinder muss baldmöglichst verbindlich geregelt werden.

Abschliessend bedankt sich das GPK-Prüfungsteam bei allen Beteiligten für ihre Unterstützung bei den Prüfungsarbeiten.

Prüfung des Vormundschaftswesens Münchenstein

1. Prüfungsgrundlagen

- Vormundschaftswesen Kanton Basel-Landschaft
- Schweizerisches Zivilgesetzbuch (Artikel 360 bis 455)
- Organisation Vormundschaftsbehörde (VB)
- Massnahmen und Zuständigkeiten des zivilrechtlichen Kindesschutzes
- Instanzenweg einer Gefährdungsmeldung
- Vormundschaftsrechtliche Massnahmen für Erwachsene
- Gesprächsdurchführungen mit der Leitung des Sekretariats des Vormundschaftswesens und Gespräch mit einem Sozialarbeiter des Vormundschaftswesens

2. Prüfungsablauf

2.1 GPK informiert:

- Gemeinderat
- Gemeindeverwalterin
- Rechtskonsulent
- Sekretariat Vormundschaftswesen

2.2 Gespräch mit der Leitung des Sekretariats Vormundschaftswesen

Die nachfolgenden Fragen, die im Voraus bekannt gegeben wurden, sind im Gespräch behandelt worden:

- Organisation Vormundschaftsbehörde
- Pflichtenheft Vormundschaftsbehörde
- Verschiedene Mandate? Aufteilung?
- Instanzenweg einer Gefährdungsmeldung
- Zeitdauer einer Gefährdungsmeldung
- Zusammenarbeit mit: Eltern, Schule, Soziale Dienste, Schulsozialdienst, Rechtskonsulent, KJPD/SPD
- Gemeinderat/Vormundschaftsbehörde
- Kantonale Aufsichtsbehörde
- Qualitätssicherung
- Mitarbeitergespräche
- Arbeit/VB
- Wünsche
- Anregungen
- Handlungsbedarf
- Weiterbildungsmöglichkeiten
- Statistik VB im Kanton Basel-Landschaft

Zusätzliche Fragen, die sich für uns aus dem ersten Gespräch ergaben, wurden vom Sekretariat VB per E-Mail beantwortet.

2.3 Gespräch mit einem Sozialarbeiter des Vormundschaftswesens

Die nachfolgenden, im Voraus abgegebenen Fragen wurden im Gespräch behandelt:

- Stellenbeschreibung
- Arbeitsumfang
- Bearbeitung von Gefährdungsmeldungen
- Grenzen, Schwierigkeiten, Arbeitsklima und Problemstellungen in der Arbeit der VB
- Arbeitsbelastung
- Wünsche, Anregungen, Handlungsbedarf
- Weiterbildungsmöglichkeiten
- Zusammenarbeit mit: Eltern, Schule, Soziale Dienste, Sozialarbeit
- Mitarbeitergespräche
- Betreuungsdienste nach Ende der Vormundschaft

Zusätzliche Fragen, die sich für uns aus dem ersten Gespräch ergaben, wurden vom Sozialarbeiter per E-Mail beantwortet.

3. Prüfungsergebnisse

3.1 Auswertung der Befragung Sekretariat Vormundschaftswesen

Das Sekretariat des Vormundschaftswesens ist Anlaufstelle der Kundschaft, erteilt bzw. koordiniert die weiteren Aufträge an die Sozialarbeiter, stellt die Anträge an die Vormundschaftsbehörde und stellt deren Umsetzung sicher.

Zur Zeit der Prüfung existiert kein Stellenbeschreibung für das Sekretariat. Die Stelleninhaberin arbeitet ca. 80 % für das Vormundschaftswesen.

Es bestehen verschiedene Arten von Mandaten:

- die Vormundschaften
- die Beiratschaften
- die Beistandschaften
- die Prozessbeistandschaften

Diese Mandate werden von den Sozialarbeitern des Vormundschaftswesens, von der Amtsvormundschaft oder von privaten Mandatsträgern ausgeführt.

Die nötigen Vorabklärungen, Platzierungen, Heim- und Pflegeplatzbegleitungen, Besuchsrechtsregelungen und -begleitungen sind die Aufgaben der Sozialarbeiter des Vormundschaftswesens.

Dem Prüfungsteam wurde der Ablauf einer Gefährdungsmeldung aufgezeigt. Jede Gefährdungsmeldung muss per Gesetz abgeklärt werden. Das Abklärungsverfahren soll die Zeitdauer von drei Monaten nicht überschreiten. Dies wird durch die Konstanz der im Auftrag des Vormundschaftswesens handelnden Sozialarbeiter sichergestellt.

Eine Gefährdungsmeldung kann von der Schule und von den sozialen Diensten eingereicht werden; hier gibt es zwecks einfachen Handlings ein vorgedrucktes Formular. Alle übrigen Personen, die eine Gefährdungsmeldung einreichen wollen, müssen dies kurz schriftlich begründen.

Bei ca. 70 bis 80 % der Gefährdungsmeldungen sind nach den Abklärungen keine vormundschaftlichen Massnahmen zu entrichten.

Ist eine vormundschaftliche Massnahme erforderlich, stellt das Sekretariat einen entsprechenden Antrag an die Vormundschaftsbehörde (Gemeinderat). Die Umsetzung der entsprechenden Verfügung wird vom Sekretariat veranlasst.

Die Zusammenarbeit mit den verschiedenen Diensten und Gremien wird als gut bezeichnet. Optimierungsbedarf besteht bei der Zusammenarbeit mit der Schule. Ein Merkblatt dazu ist in Arbeit. Dieses soll Auskunft geben, wann welche Anlaufstelle gewählt werden soll.

Die kantonale Aufsichtsbehörde (Kontrollorgan), die gesetzlichen Grundlagen, der Behördenordner VB (Abgabe von der Sicherheitsdirektion des Kantons Basel-Landschaft) und die Sozialarbeiter des Vormundschaftswesens (mit langjähriger Berufspraxis) bilden die Qualitätssicherung der täglichen Arbeit.

Die Gemeindeverwalterin führt das Mitarbeitergespräch mit der Leitung des Sekretariats. In ihrer Amtszeit wurde ein Mitarbeitergespräch auf eigenen Wunsch mit der Leitung des Sekretariats durchgeführt.

Die gesetzlichen Grundlagen (ZGB) setzen den Rahmen und die Grenzen der Arbeit der Vormundschaftsbehörde. Es braucht grosses Fingerspitzengefühl, Einfühlungsvermögen und Belastbarkeit im täglichen Umgang mit den verschiedenen Klienten. Teamgespräche mit allen Mitarbeitern des Vormundschaftswesens sind wünschenswert, aber schwierig durchzuführen, da in Teilzeitpensen gearbeitet wird. Die Stellvertretungssituation der Leitung des Sekretariates ist nicht geregelt.

Der Kanton bietet ein gutes und regelmässiges Fortbildungsangebot an. Die Weiterbildung wird im Rahmen der Gemeindeordnung gehandhabt.

Im Kanton Basel-Landschaft gibt es keine Statistik betreffend „Fälle“ der Vormundschaftsbehörde der einzelnen Gemeinden und somit auch keine direkten Vergleichsmöglichkeiten.

Die Statistik 2008 über die Vormundschaftsbehörde der Gemeinde Münchenstein ist im Jahresbericht der Gemeinde nachzulesen. Die Zahlen zu den einzelnen Beschlüssen der Vormundschaftsbehörde im Jahr 2008 wurden zum ersten Mal im Jahresbericht publiziert; ein Vergleich ist deshalb nicht möglich. Im Sekretariat der VB wird registriert, dass die Anzahl der zu bearbeitenden Fälle zunimmt. Im Bereich von Kindern und Jugendlichen sind dies die Besuchsrechtsregelungen, bei älteren Menschen sind dies die Altersbeistandschaften.

3.2 Auswertung der Befragung Sozialarbeiter der Abteilung Zentrale Dienste Vormundschaftswesen

Eine Stellenbeschreibung mit acht Punkten ist für den Sozialarbeiter, Abteilung Zentrale Dienste Vormundschaftswesen, vorhanden. Gemäss Stellenbeschreibung ist der Stelleninhaber mit einem Arbeitspensum von 80 % angestellt.

Die Bearbeitungsfristen und deren Abläufe der verschiedenen und teilweise sehr komplexen Fälle (Gefährdungsmeldungen etc.) werden nach den heutigen gesetzlichen Grundlagen des Vormundschaftswesens des Kantons Basel-Landschaft abgewickelt und eingehalten.

Die Zusammenarbeit mit den Eltern ist sehr gut und konstruktiv und hilft zu raschen Lösungen zu finden. Auch mit den Steuerbehörden und der Einwohnerkontrolle kann die Zusammenarbeit als positiv bewertet werden. Das Arbeitsklima mit den Mitarbeitern der Abteilung Zentrale Dienste Vormundschaftswesen wird als gut bezeichnet. Bei der Kommunikation mit den direkten Vorgesetzten trifft dies ebenfalls zu.

Die momentane Arbeitsbelastung wird vom Stelleninhaber als sehr hoch eingestuft. Das Arbeitspensum von 80 % kann nur dank der teilweisen Unterstützung einer zusätzlichen Arbeitskraft eingehalten werden.

Die Gemeindeverwaltung unterstützt die Weiterbildung im Rahmen der Gemeindeordnung. Im konkreten Fall organisiert der Stelleninhaber seine Weiterbildung nach Absprache mit dem direkten Vorgesetzten selbst.

Der Stelleninhaber hat im Abstand von zwei Jahren ein Mitarbeitergespräch mit seinem direkten Vorgesetzten durchgeführt. Zudem wird der Abteilungsleiter über die laufenden Geschäfte vom Sozialarbeiter regelmässig informiert.

Die Beistandschaft endet mit der Volljährigkeit des Klienten. Der freiwillige Weiterzug der Unterstützung von Hilfeleistungen wird selten in Anspruch genommen.

Bei Fragen oder Schwierigkeiten mit privaten Mandatsträgern bietet sich das Sekretariat Vormundschaftsbehörde als mögliche Unterstützung an.

Die Abteilung Zentrale Dienste Vormundschaftswesen verfügt über kein Budget.

4. Zusammenfassung

- Das Prüfungsteam hat sich davon überzeugen können, dass das Sekretariat der Vormundschaftsbehörde seine Aufgaben und Kompetenzen, im Rahmen der gesetzlichen Grundlagen, wahrnimmt.
- Die GPK stuft die Arbeitsbelastung als hoch ein.
- Unabdingbar sind ein Stellenbeschrieb/Pflichtenheft und eine Regelung für die Stellvertretung bei Abwesenheit für die Leitung des Sekretariats der Vormundschaftsbehörde.
- Wünschenswert ist die Bildung eines regelmäßigen Zeitgefässes für Teamgespräche.
- Wir haben unsere Prüfung am Ende der Arbeitstätigkeit der Leitung des Sekretariats der Vormundschaftsbehörde durchgeführt.
- Es ist uns bewusst, dass sich mit der neuen Leitung auch einiges ändern wird. Wir behalten uns vor, nach der Einarbeitungszeit der neuen Leitung, eine weitere Prüfung vorzunehmen.
- Die GPK nimmt zur Kenntnis, dass der Sozialarbeiter Abteilung Zentrale Dienste trotz hoher Arbeitsbelastung die an ihn gestellten Anforderungen erfüllt.

Das Prüfungsteam bedankt sich bei allen Beteiligten für ihre wertvolle Unterstützung.

Gespräch mit dem Bauverwalter

Das Jahresgespräch, das der GPK einen Einblick in die komplexen internen Abläufe der Gemeindeverwaltung geben soll, hat sie mit dem Leiter der Bauverwaltung geführt.

Durch die Änderung des Konzepts Werkhof haben sich einige Fragen ergeben, die ausgiebig erörtert worden sind:

- Organigramm
- Pflichtenhefte/Stellenbeschriebe
- MAGs
- Weiterbildungen
- Überstundenregelung
- Zusammenarbeit mit dem Gemeinderat
- Zusammenarbeit Geschäftsleitung
- Zusammenarbeit mit der RPK
- Werkhof
- Personalfragen Soll-/Ist-Zustand, Arbeitsklima
- Öffnungszeiten Verwaltung, Anpassung
- Beteiligung von Anliegern an Strassenkosten
- Integrationsprogramm
- Robinsonspielplatz-Einsätze
- Feuerungskontrolle aktueller Stand
- Blick in die Zukunft/Wünsche/Zufriedenheit am Arbeitsplatz

Die Fragen sind dem Bauverwalter vorgängig zugestellt worden und sind von ihm zur Zufriedenheit der GPK beantwortet worden. Das Gespräch ist anhand des Protokolls an einer GPK Sitzung nachbesprochen worden um weitere Fragen auszuräumen.

Die GPK begrüsst die offene, transparente Gesprächsführung und bedankt sich für die Bereitschaft und das Entgegenkommen des Bauverwalters.

Ausserdem wurden durch die GPK folgende Themen bearbeitet:

Rechte und Pflichten der Exekutive und Legislative der Gemeinde

Um offene Fragen zu klären, lud die GPK den Verantwortlichen der Stabstelle Gemeinden zu einem Vortrag zur Auslegung des Gemeindegesetzes und zur anschliessenden Beantwortung von Fragen ein.

Die gesammelten Fragen wurden dem Referenten vorgängig zugestellt. Er beantwortete diese im Anschluss an seinen interessanten Vortrag und ging auch auf weitere Fragen der Anwesenden ein.

Zum Anlass waren die Gemeindeverwalterin, der Bauverwalter, der Rechtskonsulent der Gemeinde, die Mitglieder des Gemeinderates, der Rechnungsprüfungskommission und der Gemeindekommission eingeladen.

Die GPK bedankt sich beim Leiter Stabstelle Gemeinden ganz herzlich für diesen Anlass, bei dem die Aufgaben und Kompetenzen aller Amtsträger klar dargestellt worden sind.

Fragen zum Personalreglement

Durch die 2007 durchgeführte Prüfung der Kommissionen ergaben sich einige Fragen in Bezug auf Einzelheiten von Stundenabrechnungen, die einheitliche Auslegung des Besoldungsreglements sowie über die Handhabungen von verschiedenen internen Abmachungen oder Richtlinien.

Der zuständige Gemeinderat und die Gemeindeverwalterin hatten daraufhin eine Arbeitsgruppe zur Revision des Personalreglements eingesetzt, um vor der Legislaturperiode 2008 Klarheit zu schaffen. Die Überarbeitung war bis zum Ende des Berichtsjahres 2008 noch nicht abgeschlossen und die Beantwortung der Fragen der GPK nach dem Stand und Fahrplan der Revision noch unbeantwortet.

Mittlerweile haben die Kommissionen eine Präzisierung für die Abrechnung der Protokollführung erhalten. Die Überarbeitung des Personalreglements ist noch nicht abgeschlossen.

Fragen zur finanziellen Beteiligung von Anwohnern an Strassensanierungen

Unter Buchstabe D bzw. § 20 ff. des Strassenreglements der Einwohnergemeinde Münchenstein wird die Zuständigkeit bei Bau, Ausbau und Korrekturen öffentlicher Verkehrsanlage geregelt.

Die GPK informierte sich bei der zuständigen Amtsstelle über die Auslegung des Strassenreglements bezüglich der finanziellen Beteiligung der Anwohner bei Sanierungen und erhielt folgende Auskunft:

Wenn eine Strasse infolge eines Neu- oder Umbaus einer Liegenschaft angepasst werden muss, geht dies zulasten der Verursacher. Das heisst, dass die verursachenden Anwohner die Kosten z.B. für einen neu verlegten Randstein tragen müssen. Die Gemeinde zeigt sich allerdings kulant und kann die Anpassung des Strassenbelags auch als Unterhaltskosten nehmen, wenn er ohnehin sanierungsbedürftig war.

Bei einer Sanierung eines gesamten Strassenabschnitts fallen alle Arbeiten auf der Allmend in die Strassenbaukosten und die Anwohner müssen dafür nichts bezahlen. Anpassungen auf privatem Boden, z.B. für Anpassungen der Kanalisation, gehen zulasten der Eigentümer.

Diese Praxis konnte bei aktuellen Strassenprojekten nachgeprüft werden und setzt das Strassenreglement aus Sicht der GPK korrekt um.

Fragen zur Beschaffung von Fahrzeugen und Maschinen, Gemeindewerkhof

Um offene Fragen zu klären, gelangte die GPK mit einer Anfrage zum Beschaffungsvorgang an den Leiter des Werkhofs.

In einer ausführlichen schriftlichen Stellungnahme sind sämtlich Fragen zu unserer Zufriedenheit beantwortet worden.

Die Bauverwaltung bzw. der Werkhof arbeitet mit einem Fahrzeugbeschaffungsprogramm, das sich bis ins Jahr 2025 erstreckt. Als Grundlage dieses Programms dienen umfassende Kriterien, die überzeugend dargelegt worden sind.

Die GPK begrüsst die professionelle Handhabung der Beschaffungsvorgänge und bedankt sich bei den Verantwortlichen des Werkhofs.

Standortabklärung Nachschulbetreuung

Bei der Prüfung des Robinsonspielplatzes ist bei der GPK die Frage aufgetaucht, ob bei der Standortfrage der Nachschulbetreuung auch der Standort des Robi-Spielplatzes geprüft worden ist.

Entgegen der Aussagen, es sei eine ausführliche Prüfung verschiedener Standorte erfolgt, ist dies in den betreffenden Protokollen, die der GPK zur Verfügung gestellt worden sind, nicht nachvollziehbar.

Die GPK begrüsst die Möglichkeit der Nachschulbetreuung und möchte das Projekt auf keinen Fall behindern. Falls für das seit August 2009 bestehende Angebot an der Lehengasse genügend Anmeldungen vorhanden sind, freut dies auch die GPK. Andererseits sind gerade zu dieser Frage des Standorts sowohl an der Gemeindekommissionssitzung wie auch an der Gemeindeversammlung zahlreiche Fragen eingegangen, die mit der Aussage, dass eine ausführliche Standortsuche erfolgt sei, beantwortet worden sind.

Die GPK ist der Ansicht, dass der Standort Robinsonspielplatz für weitere Projekte miteinbezogen werden soll.

Fragen zu den geänderten Öffnungszeiten der Gemeindeverwaltung

Bei der letztjährigen Prüfung der Allgemeinen Dienste der Gemeindeverwaltung ist der Bedarf nach einer Änderung der Öffnungszeiten sowohl bei der GPK wie auch bei den Ergebnissen einer externen Prüfung aufgetaucht.

Mittlerweile sind die Öffnungszeiten in verschiedenen Versionen angepasst worden. Da die Zeiten nicht für alle Bereiche (Empfang/Allgemeine Dienste/Rechnungsbüro/Bauverwaltung) zählen, sind die Türen der Büros mit anderen Schliesssystemen ausgestattet worden bzw. musste teilweise die Treppe in die obere Etage abgesperrt werden.

Die jetzigen Zeiten entsprechen den Erwartungen der Angestellten und (hoffentlich) auch denen, der Besucherinnen und Besucher.

Organisationsberatung Allgemeine Dienste / Externer Bericht

Bei der letztjährigen Prüfung der Allgemeinen Dienste hat die GPK erfahren, dass eine Organisationsberatung durch eine externe Firma in Auftrag gegeben worden ist. Die GPK hat daraufhin Einsicht in diesen Bericht gefordert, um die erhaltenen Resultate miteinander vergleichen zu können.

Auch diese Firma hat, wie die GPK, eine Aufstockung der Stellenprozente und benutzerfreundlichere Öffnungszeiten empfohlen.

Von internen Problemen, in Bezug auf Arbeitsklima und Zusammenarbeit, die mittlerweile gelöst worden sind, hat die GPK jedoch erst aus diesem externen Bericht Kenntnis erhalten.

An folgenden Veranstaltungen wurde teilgenommen:

Feuerwehrrundgang

Die Feuerwehr hat an ihrer jährlichen Hauptübung der interessierten Bevölkerung ihr Können an zwei verschiedenen Orten im „Gstad“ demonstriert. Es ist für Aussenstehende schwierig abzuschätzen, ob die benötigten Einsatzzeiten und die eingesetzten Mittel den Anforderungen entsprechen. In Gesprächen mit den geladenen auswärtigen Feuerwehrleuten äusserten sich diese über die dargebotenen Demonstrationen jedoch sehr zufrieden. Wir haben uns davon überzeugen können, dass der Ausbildungsstand unserer Feuerwehr gut ist.

Für die geleisteten Dienste danken wir allen scheidenden Feuerwehrleuten bestens. Der Dank gebührt auch allen Aktiven, die sich jederzeit für unsere Sicherheit einsetzen.

Schulhausrundgang

Die Bauverwaltung organisiert diesen jährlichen Anlass, um den Behörden Rechenschaft über den Stand der bewilligten und geplanten Sanierungen in den verschiedenen Schulhäusern ablegen zu können. Es wird vor Ort besichtigt und begründet, welche Sanierungen anstehen und mit welchem Betrag sie in den Voranschlag aufgenommen worden sind. Sämtliche Vorschläge von Sanierungen sind als gerechtfertigt akzeptiert worden. Besonders erwähnt worden ist, dass das Loogschulhaus nun ausschliesslich als Primarschulhaus genutzt wird. Die Sekundarschule Niveau A ist im Pavillon Loog einquartiert worden. Über die Zukunft des Schulhauses Lärchen laufen Verhandlungen mit dem Kanton. Der Pavillon beim Neuwelt-Schulhaus wurde im Sommer demontiert, da er nur als Provisorium für drei Jahre bewilligt war.

Die GPK erachtet den sehr gut organisierten Rundgang als sinnvoll und begrüsst die Teilnahme an diesem sorgfältig vorbereiteten Anlass.

Für das Jahr 2010 hat die GPK Folgendes vorgesehen:

- Jahresbericht 2009
- Gemeinsame Sitzung mit der Rechnungsprüfungskommission
- Prüfung Tagesheim
- Prüfung Abteilung Bildung Jugend Freizeit
- Jahresgespräch

Schlussbemerkungen

Die GPK ist gerne bereit, Bemerkungen oder Beanstandungen aus der Bevölkerung entgegenzunehmen, sie gegebenenfalls zu prüfen und darüber der Gemeindeversammlung Bericht zu erstatten.

Die Mitglieder der GPK danken dem Gemeinderat, den Angestellten der Verwaltung und den Aussenstellen für die geleistete Arbeit und ihr Entgegenkommen.

Antrag

Die Geschäftsprüfungskommission beantragt der Gemeindeversammlung, vom Tätigkeitsbericht Kenntnis zu nehmen.

Münchenstein, 28. Januar 2010

Jeanne Locher-Polier, Präsidentin
 Urs Gerber, Vizepräsident
 Ursula Berset
 Edi Grass
 Bruno Raas

Traktandum 3**Bereinigung der Grundstücke im Verwaltungs- und Finanzvermögen****1. Einleitung**

Der Gemeinderat überprüfte und ergänzte im Verlaufe des Jahres 2008 die im April 2004 festgelegten Schwerpunkte seiner Tätigkeit für die laufende Legislatur. Im Schwerpunkt 2 „Raumentwicklung und Landpolitik“ wurde folgendes Hauptziel definiert: Raumentwicklung und Landpolitik tragen zur Steigerung der Standortattraktivität von Münchenstein bei und ermöglichen die Schaffung von neuem Wohnraum für verschiedene Lebensformen und Lebensabschnitte. Gemeindeeigene Immobilien und Land sind unter dem Gesichtspunkt von Nachhaltigkeit und Ertrag aktiv bewirtschaftet.

Der Gemeinderat hat sich daher unter anderem folgendes Legislaturziel bis 2012 gesetzt: Neuer Wohnraum ist geschaffen, auf dem (vormals) unbebauten Gemeindeland wird eine grössere Wertschöpfung erzielt und die Liegenschaften sind unter dem Aspekt von Nachhaltigkeit und Ertrag optimal bewirtschaftet.

Mit Beschluss Nr. 254 vom 7. April 2009 hat der Gemeinderat eine Arbeitsgruppe für die Erarbeitung des Konzepts und die Definition der Massnahmenliste für die Optimierung der Wertschöpfung der Parzellen eingesetzt. Um Ertragsoptimierung, Massnahmenliste, allfällige Landsicherungen für die Zukunft, Verkäufe etc. erarbeiten zu können, wurde als erster Schritt die Zuteilung der Parzellen im Finanzvermögen (FV) und Verwaltungsvermögen (VV) überprüft. Dabei wurde festgestellt, dass diverse Parzellen im Verwaltungsvermögen angesiedelt sind, die nicht dorthin gehören.

Um den Grund einer Bereinigung der Grundstücke nachvollziehen zu können, wird nachfolgend beschrieben, zu welchem Zweck welches Vermögen bestimmt ist.

Zum Finanzvermögen gehören diejenigen Vermögenswerte, die zur Erfüllung öffentlicher Aufgaben nur mittelbar mit ihrem Kapitalwert beitragen. Sie dienen der Gemeinde hauptsächlich wegen ihres Geldwertes. Entscheidend ist, dass sie ohne Beeinträchtigung der öffentlichen Aufgabenerfüllung veräussert werden können.

Dem gegenüber sind dem Verwaltungsvermögen alle Vermögenswerte zuzuordnen, die der öffentlichen Hand unmittelbar zur Erfüllung öffentlich-rechtlich festgelegter Verwaltungsaufgaben auf längere Zeit dienen. Sie sind so eng mit der staatlichen Aufgabenerfüllung verknüpft, dass sich deren Minderung, Erweiterung oder Umschichtung immer zugleich auf eine Verwaltungsaufgabe auswirkt. Vermögenswerte, die zur Erfüllung öffentlicher Aufgaben nicht mehr benötigt werden, sind zum Restbuchwert in das Finanzvermögen zu übertragen.

2. Umzuteilende Parzellen

Sämtliche umzuteilenden Parzellen befinden sich im Verwaltungsvermögen und dienen nicht unmittelbar der Erfüllung öffentlicher Aufgaben. Folgende Parzellen sollen umgeteilt werden:

(Nach geografischer Lage geordnet)

Parz. Nr.	Strasse	Fläche m ²	Bauzone	Heutige Nutzung	Bemerkungen
2043	Fichtenwaldstr.	598	W2a	Kinderhüti (KH)	Dient nicht unmittelbar der Erfüllung öffentlicher Aufgaben. Die Kinderhüti wird auf privater Basis betrieben
2050	Fichtenwaldstr.	450	W2a	Wiese zu KH	Dient nicht unmittelbar der Erfüllung öffentlicher Aufgaben.
3062	Grubenstr.	1655	OeW	Aussenlager	Die ehemals vom Werkhof als Aussenlager genutzte Parzelle diente früher insbesondere dem Lagerbestand GAA, welche an die EBM verkauft wurde. Die Parzelle ist an Dritte vermietet worden.
6204	Lärchenstr.	5175	OeW	Baurechtsparzelle	Auf dieser Parzelle wurden von der SWM Alterswohnungen auf privater Basis erstellt.
2237	Stöckacker	11573	G3	Baurechtsparzellen 4080 Emil Frey AG 4263 Pneu Egger AG 4264 B. Graber	In den Büchern ist diese Parzelle teilweise in VV und in Oew Zone. Dient nicht unmittelbar der Erfüllung öffentlicher Aufgaben.
856	Tramstr.	492	J3	Wohnhaus	Diese Parzelle wurde gekauft für die Planung der Strasse. Nachdem die Strasse umgebaut und die Parzelle nicht benutzt wurde, gehört die Parzelle ins Finanzvermögen.
1145	Hauptstr.	729	TZP	Alti Gmeini	Die Alti Gmeini dient nicht unmittelbar der Erfüllung öffentlicher Aufgaben. Die Liegenschaft wird mehrheitlich für private Anlässe an Vereine und Privatpersonen vermietet.
4255	Aspweg	14645	Landw		Diese Parzelle war ursprünglich für den Friedhof vorgesehen.
1998	Welschmatt	14765	Landw		Dient nicht unmittelbar der Erfüllung öffentlicher Aufgaben.
2002	Welschmatt	1920	Landw		
4620	Welschmatt	1621	Landw		

Nachfolgende Parzellen sollen nach weiteren Abklärungen oder Entscheiden neu beurteilt werden:

Die Parzelle 5232 Bruckfeld befindet sich im Finanzvermögen. Die angrenzende Parzelle 1959 befindet sich im Verwaltungsvermögen. Grundsätzlich sind diese Parzellen für eine Schule vorgesehen. Noch ist nicht klar, ob und wann eine neue (Sekundar-)Schule durch den Kanton erstellt wird. Diese Parzellen sollen nach dem entsprechenden Entscheid des Kantons neu beurteilt werden.

Die Parzelle 3352 Birkenstrasse (OeW Kindergarten) befindet sich im Verwaltungsvermögen. Diese Parzelle soll als Ganzes mit der Parzelle 1875, Schulhaus Lärchen, betrachtet werden. Allenfalls kann sie zu einem späteren Zeitpunkt dem Finanzvermögen zugeteilt und als Gemischnutzung, wie zum Beispiel (Alters-)Wohnen und Kindergarten, beplant werden.

Die Parzelle 3724 Gruthweg/Münchstrasse (OeW Schule) befindet sich im Verwaltungsvermögen. Im Moment besteht dafür kein Bedarf. Innert zwei bis drei Jahren wird eine einfache Machbarkeitsstudie für Überbaumöglichkeiten gemacht.

Die Parzellen 2803 und 4806 Melchior-Berri-Strasse (QP Zollweiden, Kindergarten vorgesehen) befinden sich im Verwaltungsvermögen. Bevor entschieden wird, ob ein Wechsel vorgenommen werden soll, müssen die Bedürfnisse, unter Berücksichtigung von Gefahrenkarte und Lärm, abgeklärt werden.

3. Fazit

Nach Genehmigung der Umteilungen durch die Gemeindeversammlung wird die Parzellenzuteilung weitestgehend bereinigt sein. Damit ist die Basis geschaffen, um Ertragsoptimierung, Massnahmenliste, allfällige Landsicherungen für die Zukunft, Verkäufe etc. erarbeiten zu können.

Antrag

1. Der Gemeindeversammlung wird beantragt, die vorgesehenen Bereinigungen der Grundstücke vom Verwaltungs- ins Finanzvermögen zu genehmigen.
 2. Die Situationspläne werden nicht publiziert. Sie können bei der Bauverwaltung eingesehen werden.
- Dieser Beschluss untersteht dem fakultativen Referendum.

Traktandum 4

Erweiterung Alters- und Pflegeheim Hofmatt: Realisierung von oberirdischen Parkplätzen / Mutation zum Grundwasserschutzplan Welschmatt und Anpassung Baugebietsperimeter

1. Zweck der Vorlage

Für die Erweiterung des Alters- und Pflegeheims Hofmatt (APH) müssen gemäss Parkplatzverordnung des Kantons als absolutes Minimum neu 36 Parkplätze erstellt werden (zum Teil Ersatz der heute bestehenden Parkplätze auf der Südost-Seite des bestehenden Gebäudes). Verschiedene Möglichkeiten wurden geprüft. Nach einer eingehenden Evaluation durch das APH Hofmatt sollen als beste und finanziell vertretbare Lösung die Parkplätze entlang der Welschmattstrasse, südlich des Altersheims Hofmatt und nördlich des Werkhofs, realisiert werden. Dies bedingt eine Mutation des Zonenplans Siedlung sowie eine Mutation des Grundwasserschutzplan.

2. Heutige Situation

2.1 Vorgeschichte in zonenrechtlicher Hinsicht

Nach dem Beschluss der Gemeindeversammlung vom 4. Dezember 2008 hat der Regierungsrat des Kantons Basel-Landschaft mit Beschluss Nr. 1056 vom 7. Juli 2009 die Mutationen OeW-Zone Alters- und Pflegeheim Hofmatt zu den Zonenvorschriften Siedlung, zum Grundwasserschutzplan Welschmatt und zum Lärmempfindlichkeitsstufenplan genehmigt:

- Umzonung Parzellen 1998/2001, Plan Nr. 4.166 der Bauverwaltung vom 28. November 2008
- Mutation des Grundwasserschutzplan Welschenmatt, Plan Nr. 4.168 der Bauverwaltung vom 17. Oktober 2008
- Mutation des Lärmempfindlichkeitsstufenplans, Plan Nr. 4.170 der Bauverwaltung vom 17. Oktober 2008
- Ergänzungsbestimmung 28 zu den Zonenvorschriften vom 2. Dezember 2008

Für Details zu dieser Vorgeschichte verweisen wir auf die Vorlage an die Gemeindeversammlung vom 4. Dezember 2008. Diese Vorlage sowie das Protokoll der Gemeindeversammlung kann bei der Gemeindeverwaltung bezogen oder eingesehen werden unter [www.muenchenstein.ch/Politik/ Gemeindeversammlung](http://www.muenchenstein.ch/Politik/Gemeindeversammlung).

2.2 Dienstbarkeitsvertrag

Die Beanspruchung des Werkhofareals mit Parkplätzen und die Beanspruchung des Areals des Alters- und Pflegeheims Hofmatt mit einem öffentlichen Trottoir sind in einem Dienstbarkeitsvertrag geregelt. In diesem sind unter anderem Details bezüglich finanzieller Abgeltung, baulicher und betrieblicher Unterhalt etc. festgelegt. Alle notwendigen baulichen Anpassungen und weitere Aufwendungen für die Realisierung der Parkplätze für den Erweiterungsbau des Alters- und Pflegeheims Hofmatt gehen zulasten des Altersheims Hofmatt. An die Umgebungsgestaltung der Parkplätze werden hohe Anforderungen gestellt; unter anderem soll die Gestaltung mit Bäumen erfolgen. Dies als Ersatzmassnahme für den Wegfall von Grünraum.

3. Die vorgesehene Mutation

Inhaltlich sind folgende Mutationen vorgesehen:

	Zone heute	Zone neu	Grundwasser-schutz heute	Grundwasser-schutz neu
Neue Park-plätze	ÖWA	ÖWA	S2 (B)	kein
Zufahrt östl. Teil	Strassenareal zu Landwirtschaftszone gehörend	Strassenareal zu Bauzone ÖWA	S2 (B)	kein

Massgebend für die vorgesehenen Mutationen sind folgende Pläne:

1. Plan der Bauverwaltung Nr. 4.173, Mst. 1:1000 vom 9. Dezember 2009 Zonenplan Siedlung/Zonenplan Landschaft (Teilgebiet Au/Welschmatt) Mutation Grundwasserschutzplan Welschmatt (Parzelle 2012/2462)
2. Plan der Bauverwaltung Nr. 4.174, Mst. 1:1000 vom 9. Dezember 2009 Zonenplan Siedlung/Zonenplan Landschaft (Teilgebiet Au/Welschmatt) Mutation Baugebietsperimeter Parzelle 2012/2462)

4. Vorabklärungen

4.1 Grundwasserschutz

Ein kleiner Teil des für die Erstellung der Parkplätze notwendigen Areals liegt in der Grundwasserschutzzone II (B). Gemäss Bundesrecht werden die Anliegen des Gewässerschutzes hoch gewichtet, sodass nur unverzichtbare Anlagen oder Teile von Anlagen, die aufgrund geologischer oder topographischer Standorteigenschaften oder aus Gründen der öffentlichen Sicherheit (z.B. standortgebundene Lawinerverbauungen) zwingend in der Schutzzone liegen müssen, ausnahmsweise in einer Gewässerschutzzone liegen dürfen. Die Erstellung von Parkplätzen für das APH Hofmatt erfüllt diese Voraussetzung nicht, weshalb die Gewässerschutzzone angepasst werden muss.

Die Rücksprache vom 18. September 2009 mit dem Amt für Umweltschutz und Energie (AUE), Fachstelle Grundwasser, hat ergeben, dass eine solche Anpassung im Abstrombereich des Pumpwerks vertretbar ist. Der Hauptgrund dafür ist, dass die Änderung im Abstrombereich des Pumpwerks liegt. Somit entfällt ein direkter Einfluss auf das Pumpwerk.

4.2 Baugebietsperimeter

Die Rücksprache mit dem Amt für Raumplanung (ARP) hat ergeben, dass Baugebietsperimetererweiterungen nur im Rahmen von Gesamtzonenplanrevisionen möglich sind. Aufgrund der sehr geringfügigen Erweiterung (im Bereich der heutigen Welschmattstrasse) um ca. 50 m² beantragt der Gemeinderat eine Ausnahme.

4.3 Wald

Die Rücksprache mit dem Amt für Wald (AfW) vom 29. September 2009 hat ergeben, dass gemäss Verordnung zum Raumplanungs- und Baugesetz (RBV) das natürliche Terrain auf einer Breite von 5 m dem Waldrand entlang nicht verändert werden darf, weshalb dort keine Parkplätze erstellt werden dürfen. Eine Rodung ist nicht möglich.

5. Mitwirkungsverfahren

Bei raumplanerischen Entscheiden ist der Bevölkerung von Gesetzes wegen Gelegenheit zu geben, sich zur vorgesehenen Massnahme zu äussern. Die entsprechenden Unterlagen (Mutationspläne) waren vom 17. Dezember 2009 bis 18. Januar 2010 bei der Bauverwaltung aufgelegt. Interessierte und Betroffene konnten sich innerhalb der Auflagefrist schriftlich zuhänden des Gemeinderats dazu äussern. Eine öffentliche Mitwirkungsveranstaltung fand nicht statt. Im Rahmen des Mitwirkungsverfahrens sind keine Eingaben gemacht worden.

6. Kantonale Vorprüfung

Parallel zur Mitwirkung fand die kantonale Vorprüfung statt. Das Amt für Umweltschutz und Energie hielt in seiner Stellungnahme fest, dass der Verkleinerung der Grundwasserschutzzone zum Pumpwerk Welschmatt aus Sicht des Gewässerschutzamts ohne Auflagen zugestimmt werden kann, da dieser Gebietsanspruch abstromseitig des Pumpwerks liegt.

Das Amt für Raumplanung stimmte mit Schreiben vom 4. Februar 2010 der Mutation des Baugebietsperimeters vorbehaltlos und ohne spezielle Bedingungen zu.

Antrag

Der Gemeindeversammlung wird beantragt zu beschliessen:

1. Die Mutation des Gewässerschutzzonenplans Welschmatt wird beschlossen gemäss Plan der Bauverwaltung Nr. 4.173, Mst. 1:1000 vom 9. Dezember 2009 Zonenplan Siedlung/Zonenplan Landschaft (Teilgebiet Au/Welschmatt) Mutation Grundwasserschutzzonenplan Welschmatt (Parzelle 2012/2462).
2. Die Anpassung des Baugebietsperimeters wird beschlossen gemäss Plan der Bauverwaltung Nr. 4.174, Mst. 1:1000 vom 9. Dezember 2009 Zonenplan Siedlung/Zonenplan Landschaft (Teilgebiet Au/Welschmatt) Mutation Baugebietsperimeter Parzelle 2012/2462).

Die Pläne werden nicht publiziert, sie können bei der Bauverwaltung eingesehen werden.

Die Beschlüsse 1 und 2 unterstehen dem fakultativen Referendum.

Traktandum 5

Antrag gemäss § 68 des GemG von Christine Pezzetta, FDP Die Liberalen betreffend Überarbeitung des Personalreglements mit Anhängen I und II

An der Gemeindeversammlung vom 15. September 2009 reichte Christine Pezzetta namens der FDP Die Liberalen folgenden Antrag gemäss § 68 des Gemeindegesetzes (GemG) ein:

„Erklärung

Auslöser zu diesem Antrag ist die veraltete Entschädigungsregelung des Schulrates, die noch auf dem alten Bildungsgesetz beruht und Aufgaben beinhaltet, die es in dieser Form nicht mehr gibt.

Auch andere Bereiche lassen nach Lesung des Reglements den Gedanken aufkommen, dass eine Überarbeitung und Anpassung an gültiges Recht dringend notwendig sind.

Gemäss Tätigkeitsbericht der Geschäftsprüfungskommission vom 1. Januar bis 31. Dezember 2008 stellten sich der GPK Fragen in Bezug auf Einzelheiten von Stundenabrechnungen und einheitlicher Auslegung des Besoldungsreglements - die Beantwortung der Fragen der GPK nach dem Stand und Fahrplan der Revision ist noch nicht erfolgt.

Beispiele

- § 20 Öffentliche Ämter und Mandate
Gemeinde erlaubt einem Mitarbeiter bis 10 Arbeitstage pro Jahr für die Ausübung eines öffentlichen Amtes auf Kosten der Steuerzahler.
- § 27 Mitarbeitergespräche
„... Vorgesetzte führen periodisch, in der Regel jährlich ...“ Mitarbeitergespräche - müsste meiner Ansicht nach eine jährliche Muss-Regel sein.
- § 51 Arbeitsverhinderung
In Münchenstein muss ein Mitarbeiter erst ab dem fünften Tag ein Arzzeugnis vorlegen - Anpassung an Wirtschaft mit 3 Krankheitstagen plus Führung eines Krankheitstagebuches bei Mitarbeitern mit hoher Ausfallquote.
- §§ 73 und 74 Lohnklassen und Einreihungsplan
Im Vergleich mit anderen Gemeinden veraltet und muss angepasst werden.
- Anhänge I und II
Einheitliche Regelung der Entschädigung von Behördenmitgliedern (z.B. Schulratsentschädigung mit Ansätzen/Aufgaben nach altem Bildungsgesetz).

Ziel

Generelle Überarbeitung des 10-jährigen Reglements und Anpassung an übergeordnetes Recht.

Massnahme

FDP will erreichen, dass Souverän dem GR den Auftrag erteilt, die Überarbeitung zügig voranzutreiben und der GV Bericht zu erstatten.“

A. Vorbemerkung

Der Gemeinderat beschloss am 21. September 2004, eine Gesamtrevision des Personalreglements vorzunehmen. In die Arbeitsgruppe wurden als Vertreter des Gemeinderats Gemeindepräsident W. Banga, Gemeinderat N. Hug und Gemeinderat G. Lüthi gewählt. An der Personalversammlung vom 11. November 2004 wurden von den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern Ch. Binggeli, M. Schwaiger und Th. Pfluger (VPOD) in die Arbeitsgruppe gewählt. Im Sinne von § 25 Personalreglement (Mitspracherecht) wurde die Arbeitsgruppe paritätisch besetzt. Den Vorsitz übernahm Gemeindepräsident W. Banga. Die erste Sitzung der Arbeitsgruppe Personalreglement fand mit allen Beteiligten am 7. Dezember 2004 statt. Aufgrund diverser Rücktritte aus dem Gemeinderat bzw. Kündigung der Arbeitsstelle bei der Gemeindeverwaltung wurde der Sitzungsrhythmus häufig gestört.

Anlässlich der letzten Sitzung der Arbeitsgruppe vom 27. November 2008 wurde mit Mehrheitsbeschluss festgelegt, das bestehende Personalreglement in der bisherigen Art und Weise zu belassen.

B. Weiteres Vorgehen

Der Gemeinderat beschloss, entgegen dem Antrag der Arbeitsgruppe, das Personalreglement im Gesamtgemeinderat nochmals paragrafenweise (inkl. Anhänge) durchzugehen. Aufgrund des komplexen Sachbereichs und der differenzierten Fragestellungen seitens des Gemeinderats wurden etliche Rechtsabklärungen ausgelöst, die vom Rechtsdienst vorgängig zu prüfen sind.

Das Ergebnis dieser Lesung wird den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern aufgrund ihres Mitspracherechts anlässlich einer Vollversammlung vorgestellt werden.

Im Anschluss daran wird der Gemeinderat die Neufassung des Personalreglements inkl. Anhänge, nach entsprechender Vorprüfung durch den Kanton Basel-Landschaft, der Gemeindeversammlung zur Genehmigung unterbreiten.

C. Erheblicherklärung

Da der Gemeinderat bereits beschlossen hat, das Ergebnis des revidierten Personalreglements der Gemeindeversammlung zur Genehmigung zu unterbreiten, ist der Antrag gemäss § 68 GemG von Christine Pezzetta namens der FDP Die Liberalen als erheblich zu erklären. Die entsprechende Vorlage wird der Gemeindeversammlung voraussichtlich im Dezember 2010 zur Beschlussfassung unterbreitet werden.

Antrag

Der Antrag gemäss § 68 GemG von Christine Pezzetta namens der FDP Die Liberalen wird erheblich erklärt.

Münchenstein, 11. Februar 2010

Für den Gemeinderat

Der Präsident:	Die Verwalterin:
Walter Banga	Béatrice Grieder